

Ernst Albrecht hatte mehr Courage

Seit 1993 verpflichten sich die Mitglieder der Landesregierung bei der Amtsübernahme vor dem Landtag auch zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Gänzlich ohne Wirkung scheint dieses Bekenntnis aus Artikel 31 der Landesverfassung für die schwarz-gelben Minister, wenn es um die Atompolitik geht. Der neue Ministerpräsident McAllister verlangte nach eigenen Angaben energisch bei seinen Kollegen im Bundesrat eine ergebnisoffene Atommüllendlagersuche auch im Süden der Republik – Resonanz null. Der für die Atomaufsicht zuständige „Umwelt“ Minister Hans-Heinrich Sander verteilt Blanko-Sicherheits-Schecks für die Fortführung der „Erkundung“ genannten Ausbauten des Gorlebener Salzstocks zum Endlager, da schweigt der Ministerpräsident allerdings. Innenminister Schönemann organisiert den größten Polizeieinsatz, den das

Beinah täglich erreichen uns Schreckensmeldungen aus dem Atommülllager Asse. Unklar ist bis heute, wie viel und was genau in die Asse gekippt wurde. Die Rede ist von rund 126 000 Fässern, aber stimmt das auch? Welchen Inhalt haben die Fässer? Der frühere Betreiber der Atommülldeponie, die Helmholtz-Gemeinschaft, spricht von „nur“ schwach und mittelfradioaktivem Müll. Wie ist der genaue Zustand der Atommüllfässer?

Bundesumweltminister Norbert Röttgen erklärt vollmundig, die Suche in Gorleben nach einem sicheren Endlager sei – natürlich – ergebnisoffen und transparent. Bei näherem Hinsehen stellt man schnell fest, dass dies nur Sprechblasen sind: In Gorleben soll seit dem 1. Oktober nach dem alten Bergrecht gebohrt und gebaut werden – es gibt keine Bürgerbeteiligung und auch wir als Umweltverband werden nicht beteiligt. Wie kann etwas ergebnisoffen sein, wenn es keine vergleichenden Untersuchungen zum Beispiel in Ton und Granit gibt? In Gorleben glaubt Herr Röttgen, mit nur einer möglichen Variante zum Ziel zu kommen. Damit ihm da keiner ins Handwerk pfuscht, sollen die gesetzlichen Klagerechte von Betroffenen in Zukunft gestrichen werden. Noch sind Klagen möglich – Graf Bernstorff und die evangelische Landeskirche haben inzwischen Klage eingereicht.

Minister Sander hat dem Weiterbau ohne Wenn und Aber zugestimmt. Seine Presseerklärungen erwecken sogar den Eindruck, dass er unser Land für den Bau eines Endlagers auf einem Silbertablett präsentiert. Seine Aufgabe wäre es gewesen, maximale Sicherheit durchzusetzen – Gorleben also abzulehnen. Dass da die Empörung hochkocht, muss niemanden wundern. Es geht um nicht weniger als die Sicherheit von Mensch und Natur: um das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG) und um den Schutz der Lebensgrundlagen auch für die kommenden Generationen (Art. 20a GG).

Rot-Grün hatte mit dem vertraglich und gesetzlich fixierten Atomausstieg bis 2022 den gesellschaftlichen Großkonflikt befriedet. Dass das nicht der aus Sicherheitsgründen eigentlich notwendige Sofortausstieg war, musste allen Beteiligten klar gewesen sein. Gerhard Schröder und Jürgen Trittin waren der Atomwirtschaft und der schwarz-gelben Opposition weit entgegen gekommen. Jetzt werden sich die Koalitionen von CDU, CSU und FDP auf Bundesebene wie in Niedersachsen mit den Konsequenzen auseinander setzen müssen, den Kompromiss einseitig aufgekündigt zu haben. Dieses Vorgehen können wir nur als Provokation empfinden. Die Antwort der Mehrheit in diesem Land, der AtomkraftgegnerInnen, wird den Regierungen in Berlin und Hannover noch zu schaffen machen – die zentrale Forderung lautet: Atomkraftwerke abstellen, sofort. Keinen weiteren Atommüll entstehen zu lassen, muss der erste Schritt sein.

*Renate Backhaus
BUND Landesvorstand*



Foto: M. Köhler

Großdemonstration „Atomkraft – Schluss jetzt!“ – dafür ging auch Renate Backhaus (Mitte), atompolitische Sprecherin des BUND Niedersachsen, am 19. September in Berlin auf die Straße.

Wendland jemals zu Gesicht bekam, um weitere Castoren in die Region zu schaffen. Angesichts der immer neuen Hiobsbotschaften aus der maroden Atommüllkippe Asse verlangte wiederum der Ministerpräsident mehr Geld aus Berlin. Irgendwie putzig, nachdem die Kanzlerin den Atommülllieferanten gerade zugesagt hatte, ihnen für die Asse keine Rechnung zu präsentieren - und gleichzeitig das Aufkommen aus der Brennelementesteuer komplett für die Haushaltssanierung verplant ist. Mehr Einsicht hatte sogar Ministerpräsident Ernst Albrecht 1979 gezeigt, als er wenigstens den Bau der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage im Wendland abblies. Über 30 Jahre später wird das Desaster der genauso sorglosen wie konzeptlosen Atommüllpolitik nirgendwo so deutlich wie in Niedersachsen.



Archäologie- und Landschaftspark Kaiserpfalz Werla

Mit Hilfe der Stiftung Naturlandschaft das Mittelalter entdecken

Ein geschichtsträchtiger Ort im Süden des Landkreises Wolfenbüttel, nordöstlich der Gemeinde Werlaburgdorf, gelangt zu neuen Ehren: Um die frühmittelalterliche Buranlage hoch über dem Okertal, die vom 10. bis zum 12. Jahrhundert wichtiger Schauplatz deutscher Geschichte war, entsteht der Archäologiepark Kaiserpfalz Werla. Lange Zeit unter intensiv genutzten Äckern verschwunden, sind in den vergangenen Jahren im Zuge archäologischer Grabungen Teile der einst mächtigen Pfalz rekonstruiert worden – dabei stellten die Archäologen fest, dass die ottonische Buranlage selbst wohl viel kleiner war als bisher angenommen, sich vor ihren Toren aber eine große Siedlung erstreckte, in der vor allem Bauern und Handwerker lebten.

Diese Entdeckung macht die Kaiserpfalz aus Sicht der Archäologen zu einer der wichtigsten Grabungen in Niedersachsen und auch Karl-Friedrich Weber, Präsident der Stiftung Naturlandschaft, ist von der überregionalen Bedeutung der frühmittelalterlichen Stadt im nördlichen Harzvorland überzeugt. Mit Hilfe der Stiftung und dem Freilicht- und Erlebnismuseum Ostfalen, kurz FEMO, möchte Weber die Kaiserpfalz in eine Landschaft einbetten, wie sie vor 800 bis 1000 Jahren ausgesehen haben könnte – mit Weide- und Ackerflächen, Laub- und Hutewäldern. „Dazu gehören natürlich die zahlreichen Ackerwildkräuter und im Mittelalter gebräuchliche Nutzpflanzen. „Die Besucher des Archäologieparks sollen sehen können, wie die Menschen vor 1000 Jahren lebten, wovon sie sich ernährten und wie sie ihre Kulturlandschaft gestalteten“, skizziert Weber seine Projektidee für die Kaiserpfalz. Hand in Hand mit den Gemeinden Schladen und Werlaburg-



Eine restaurierte Befestigungsmauer an einem geschichtsträchtigen Ort: Die Kaiserpfalz Werla wurde im 9. Jahrhundert von König Heinrich I. gegründet, hier versammelten sich später die Reichsfürsten, hier sprach Kaiser Friedrich Barbarossa 1180 den Bann über den Welfenherzog Heinrich den Löwen aus.

dorf, der Landesdenkmalpflege und finanziert vom Land Niedersachsen und der Umweltlotterie Bingo plant Weber nun auf über 15 Hektar Bodendenkmalfäche eine mittelalterliche Landschaft mit ihren vielfältigen Strukturen wie Wällen und Gräben. Das Projekt Archäologiepark Kaiserpfalz stoße auf ein großes Interesse in der Bevölkerung, sagt Weber, und auch Lokal- und Landespolitiker seien von der Entwicklung begeistert und hofften auf positive Impulse für die Region. „Das Projekt ist schon jetzt in der Bauphase ein Paradebeispiel für eine gute und kreative Zusammenarbeit von vielen Akteuren.“

Gute Gründe gegen die Küstenautobahn A20

Niedersachsen degradiert zum Transitland

Die Befürworter der sogenannten Küstenautobahn geben Gas für ein nach Ansicht von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen überflüssiges, schädliches und unbezahlbares Straßenbauprojekt im Nordwesten des Landes. So überreichte Ende 2010 Juni Enak Ferlemann (CDU), parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, in den Räumen der Industrie- und Handelskammer (IHK) Stade dem niedersächsischen Verkehrs- und Wirtschaftsminister Jörg Bode (FDP) die so genannte Linienbestimmung für die Küstenautobahn, die auf einer Länge von 121 Kilometern von der geplanten Elbquerung bei Drochtersen über Bremervörde und den Wesertunnel zur A 28 bei Westerstede nördlich von Oldenburg führen soll. Gegen diesen letzten Schritt vor den Planfeststellungsverfahren, bei dem das Vorhaben auch von A 22 in A 20 umbenannt wurde, protestierten zahlreiche BUND-Mitglieder und Vertreter weiterer Initiativen. Dr. Marita Wudtke, Referatsleiterin für Naturschutz und Umwelt beim BUND Niedersachsen, befürchtet, dass der Bau der A 20 ein weiterer Schritt ist, Nieder-

sachsen zu einem Transitland zu machen – mit allen negativen Folgen für Natur und Umwelt. „Verkehrstechnisch ist die Trasse widersinnig, denn die weitgehend parallel laufende A 1 wird bald durchgehend sechsspurig befahrbar sein“, erklärte Wudtke. Bedarf bestehe allenfalls in Nord-Süd-Richtung zur Verbindung der Häfen mit dem Hinterland. Nicht zuletzt deswegen werde das Vorhaben im Bundesverkehrswegeplan nach wie vor nur in der nachrangigen Kategorie „Weiterer Bedarf“ geführt. „Die A 20 ist also mittelfristig gar nicht finanzierbar.“ Dennoch gehe das Land Niedersachsen mit mindestens 45 Millionen Euro Planungskosten in Vorleistung. Dafür sind nach Ansicht des BUND die ökologischen Konflikte erheblich: Statt Verkehr auf die Schiene zu verlagern oder vorhandene Bundesstraßen auszubauen, würde die völlig neue Trasse durch einen verkehrsarmen und unzerschnittenen Raum führen und europarechtlich geschützte Natura 2000-Gebiete (FFH- und Vogelschutzgebiete) und andere naturschutzrechtlich bedeutsame Bereiche und Biotopverbünde beeinträchtigen.

BUND-Kreisgruppe Wolfsburg feierte 30-jähriges Jubiläum

„Unsere erste große Aktion war 1983 die Rettung des Barnbruchs“, erinnerte sich der erste Vorsitzende der BUND-Kreisgruppe Gerhard Chrost. „Wir sammelten damals über 5000 Unterschriften, um die Ausdehnung der Mülldeponie in das wertvolle Feuchtgebiet zu verhindern.“ Auf 30 Jahre erfolgreiche BUND-Arbeit in Wolfsburg blickten Aktive, Mitglieder und Freunde des BUND während eines Festaktes am 16. September, der den Auftakt zu einem vielfältigen Festprogramm darstellte. Mit einem Naturerlebnistag für Groß und Klein ging es am 26. September auf dem Gelände der Ludgeri-Gemeinde in Wolfsburg-Ehmen weiter. Trotz Dauerregens kamen über 150 Besucher, um sich bei einem bunten Programm von der Arbeit der Natur- und Umweltschützer überzeugen zu lassen. „Die Kinder konnten zum Beispiel Insektenhotels bauen oder Wasserbilder erstellen. Und mit einer mobilen Apfelpresse konnte sich jeder den Apfelsaft selber machen“, berichtete BUND-Vertreter Klaus Meier. Abgerundet wurde die Veranstaltungsreihe mit einer Ausstellung über die Arbeit des BUND Wolfsburg, die vom 27. bis zum 30. September in einem großen Wolfsburger Einkaufszentrum zu sehen war. Auch hier warben BUND-Mitglieder für ihren Verband, denn: „30 Jahre BUND Kreisgruppe Wolfsburg – das bedeutet 30 Jahre lang Anwälte für Natur und Umwelt“, sagte Meier.



Foto: L. Landmann

Barbara Homburg, Gerhard Chrost, Peter Bronold und Ulrich Hung (von links) entwickelten die Veranstaltungsreihe zum BUND-Jubiläum – im Hintergrund die BUND-Geschäftsstelle in Wolfsburg, das Naturschutzzentrum in der Lönstraße 5a. Hier können sich Wolfsburger Bürgerinnen und Bürger seit 24 Jahren rund um das Thema Natur und Umwelt informieren. Kontakt: 05361/23529.

► *Einen Überblick über die Aktivitäten und Erfolge der BUND-Kreisgruppe Wolfsburg findet man unter www.bund.net/wolfsburg*

Niedersächsischer Umweltpreis 2010 für BUND-Kreisgruppe Nienburg



Auch die regelmäßigen Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche im Nienburger Schau- und Lehrgarten – wie hier eine Teichaktion im Sommer 2009 – fanden die besondere Anerkennung durch die Jury.

Der niedersächsische Minister Hans-Heinrich Sander überreichte am 26. Oktober im Gästehaus der Landesregierung der BUND-Kreisgruppe Nienburg den mit 10.000 Euro dotierten Umweltpreis des Landes Niedersachsen. Unter 60 eingesandten Projekten habe die Jury den Nienburger „Naturnahen Schau- und Lehrgarten“ einstimmig auf Platz 1 gesetzt, erklärte die Jury-Vorsitzende Anne Zachow. Der von der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung ausgelobte Umweltpreis stand in diesem Jahr unter dem Motto „Grüne Inseln im Siedlungsbereich“. Die BUND-Kreisgruppe Nienburg habe es mit ihrem Garten geschafft, mitten in der Stadt einen Raum für die heimische Tier- und Pflanzenwelt und zugleich einen beliebten Aufenthaltsort zu schaffen, der jährlich von 2000 Menschen aus der ganzen Region aufgesucht werde, so die Jury. Sander würdigte das ehrenamtliche Engagement der BUND-Akteure um die Gartenprojektleiterin Alwine Gerner, die den ökologischen Vorzeigegarten nicht nur seit 17 Jahren hegen und pflegen, sondern auch mit großem Einsatz Umweltbildung betreiben. Naturnaher Gartengestaltung und -pflege werde anschaulich und praxisnah vermittelt und in Veranstaltungen könnten Besucher spezielle Themen zum ökologischen Gärtnern vertiefen.

► *Mehr Infos zum Naturnahen Schau- und Lehrgarten der BUND-Kreisgruppe Nienburg/Weser sind im Internet unter www.bund-garten.de zu finden.*

Auf den Spuren der Haselmäuse



Foto: M. Schnieders

Die Haselmaus ist gar keine „Maus“, sondern ein Nagetier aus der Familie der Bilche. Die braunen Winzlinge wiegen nur 15 bis 40 Gramm, sind ungefähr so groß wie ein Daumen und halten Winterschlaf von Oktober bis April.

Die Haselmaus ist klein, scheu und hauptsächlich nachts in Bäumen und dichten Sträuchern unterwegs – also schwer zu beobachten. Deshalb weiß man nur sehr wenig darüber, wo sie in Niedersachsen zu Hause ist. Sicher ist nur,

dass die Haselmaus – wie viele andere Arten auch – durch den Verlust ihres Lebensraumes stark gefährdet ist.

Der BUND Niedersachsen und die niedersächsische Naturschutz-Jugend e.V. (NAJU) machen sich gemeinsam mit vielen Kindern und Erwachsenen nun auf die Suche nach Spuren der Haselmaus. Sie wollen herausfinden, wo in Niedersachsen auch heute noch Haselmäuse leben. Das Ziel des Projekts ist es, eine Karte zu erstellen, auf der alle Haselmausvorkommen in ganz Niedersachsen eingezeichnet werden. Dazu benötigen Ines Fleer, die „Schlauemaus“ vom BUND, und Andrea Tapp, die „Sammelmaus“ von der NAJU, dringend Hilfe aus allen Teilen Niedersachsens! „Wir suchen interessierte Erwachsene, die uns als Nussjäger-

meister unterstützen“, appelliert Ines Fleer an die BUND-Mitglieder.

Die Haselmaus hinterlässt zum Glück eindeutige Spuren: Sie nagt Nüsse in einer ihr ganz eigenen Art an, so dass sich genau erkennen lässt, ob eine Haselmaus oder ein anderes Tier die Nuss angeknabbert hat. Die Nussjägermeister gehen gemeinsam mit Kindergruppen auf die Jagd und suchen unter Haselsträuchern nach Nüssen, die die Haselmaus angeknabbert haben könnte. Die Nussjäger schicken ihre Ausbeute an Andrea Tapp von der NAJU, damit die Ergebnisse ausgewertet werden können.

► *Nussjägermeister zu werden ist ganz einfach. Auf der Homepage www.nussjagd-niedersachsen.de werden Materialien und Informationen angeboten, die man für eine erfolgreiche Nussjagd braucht.*

BUND sucht dringend Flächen für einen Wildkatzen-Korridor!

Um das Überleben der vom Aussterben bedrohten Europäischen Wildkatze zu sichern, sucht der BUND Niedersachsen in den Landkreisen Goslar, Wolfenbüttel, Hildesheim, Hannover, Holzminden, Hameln-Pyrmont, Northeim, Göttingen und Osterode Flächen, die er pachten oder kaufen kann.

Noch vor 150 Jahren waren die Wildkatzen in den ausgedehnten Wäldern Deutschlands weit verbreitet. Seitdem haben ihre Bestände kontinuierlich abgenommen. Heute leben die letzten Wildkatzen zurückgezogen in teilweise stark voneinander isolierten Gebieten. „Um die Wildkatze zu retten, müssen diese Restlebensräume und auch geeignete neue Lebensräume mit Hilfe von so genannten grünen Korridoren wieder miteinander verbunden werden“, erklärt Janina Philipp, Wildkatzenexpertin beim BUND Niedersachsen und Leiterin des unter anderem von der Niedersächsischen Bingo-Umweltstiftung geförderten Projektes „Leise Pfoten – Wilde Wege“. „Nur wenn die isolierten Populationen wieder zueinander finden können, hat die Art eine langfristige Überlebenschance.“ Dabei stehe die sympathische Wildkatze stellvertretend für die ganze Artengemeinschaft des Waldökosystems. „Viele Tierarten wie Luchs oder Dachs leiden unter der extremen Zerschneidung und Zersiedelung der Landschaft“, sagt Philipp. Sie alle profitieren von den Wildkatzen-Korridoren.

Grundlage für das länderüberspannende Rettungsnetz für die Wildkatze und für die Festlegung der Wanderkorridore ist der so genannte Wildkatzen-Wegeplan, der im Rahmen des BUND-Projektes „Biotopvernetzung – Netze des Lebens“ für alle Bundesländer erstellt worden ist. Der niedersächsische

Wildkatzen-Wegeplan (einzusehen unter www.bund-niedersachsen.de) zeigt die beiden Hauptvorkommen Harz und Solling und bereits bestehende Wanderkorridore für die Wildkatze. Für die Vernetzung von Harz und Solling, langfristig auch für den Biotopverbund mit der Lüneburger Heide, will der BUND weitere Wildkatzen-Korridore schaffen und ist dafür auf der Suche nach Flächen, die er pachten oder kaufen kann. „Wir brauchen Flächen, vorzugsweise Acker oder Grünland, auf denen Bäume und Sträucher gepflanzt werden können“, erklärt Philipp. „Ein idealer Wildkatzenkorridor hat eine Breite von etwa 50 Metern, aber selbst 20 Meter breite Korridore können der scheuen Wildkatze bereits genug Deckung bieten, um sich von einem Waldstück zum nächsten zu wagen!“ Generell sinnvoll sei es zudem, Wegränder oder die Ufer von Fließgewässern zu bepflanzen.

► *Der BUND Niedersachsen sucht deshalb Besitzer von landwirtschaftlichen Flächen auf oder in der Nähe von Wildkatzenkorridoren (siehe Wildkatzen-Wegeplan), die bereit sind, Teile davon zu verpachten oder zu verkaufen. Die Projektkoordinatorin Janina Philipp freut sich auf Angebote von Eigentümern und auch über Hinweise, wen der BUND unverbindlich nach solchen Flächen fragen kann! Kontakt: Janina Philipp, Tel: 0511/96569-12 email: janina.philipp@nds.bund.net*

Herausgeber:
BUND Landesverband
Niedersachsen e.V.
Goebenstr. 3a
30161 Hannover
Tel.: 0511/96569-0
Fax: 0511/662536
email:
bund.nds@bund.net
<http://www.BUND-Niedersachsen.de>

Spendenkonto:
Nord/LB Hannover,
BLZ 250 500 00,
Konto 101 030 047

Text und Redaktion:
Sabine Littkemann
email:
sabine.littkemann@t-online.de

Satz und Layout:
Markus Leder